

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1861

19.3.1861 (No. 66)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 19. März.

N. 66.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkundungsgebühr: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expeditio: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.

** Konfordsdebatte in der württembergischen Kammer.

V.

Stuttgart, 17. März. In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer ist es endlich zur Entscheidung in der Konfordsfrage gekommen. Dieselbe ist ausgefallen, wie ich Ihnen bereits telegraphisch mitgeteilt habe [S. vorgestrige Nummer der „Karlsruh. Ztg.“] und wie sich hätte voraussehen lassen; das Konfordat wurde mit 63 gegen 27 Stimmen durch Annahme des Minderheitsantrags der staatsrechtlichen Kommission verworfen. Schon bei Beginn der Sitzung erklärte der Abg. Feger, daß es heute zur Entscheidung kommen müsse, das Land sei in Unruhe und wolle eine Entscheidung; sonst würde es sagen, die Kammer könne nur Neben halten, aber zu keinem Beschlusse kommen. Mehrere Redner verzichteten daher auf's Wort, und nach 2 Uhr Nachmittags wurde der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt, worauf nur noch der Berichterstatter der Minderheit und ein anderer Redner sprachen, und dann die Abstimmung vorgenommen wurde.

Die Reihe der Redner für den Minderheitsantrag eröffnete an diesem, dem fünften Tage, der Debatte Prälater v. Sigel, welcher gerade heraus sagte, nicht die katholische Kirche sei es, welche die Staaten zu Konventionen hingedrängt habe, sondern eine Partei in derselben — die Jesuiten. Diese finden aber keinen ergiebigen Boden in Württemberg, sie sollen uns mit ihren Maderien, besonders auch im Gebiet der gemischten Ehen, verschonen, wir lassen sie dann auch gewiß gern in Ruhe.

Dompapstular v. Ritz weist alle die gegen die katholische Kirche gemachten Angriffe (gegen diese sind keine Angriffe gemacht worden, sondern nur gegen eine Partei in derselben) als unberechtigt zurück, erkennt nicht an, daß es Parteien innerhalb derselben gebe, die Ultramontanen, wie man sie nenne, seien die ganze katholische Kirche, überhaupt sei Ultramontanismus nur eines der Schlagworte, wie unsere Zeit deren so viele habe. Er verlangt die Konvention als Recht für die katholische Kirche; alle Zugeständnisse, von denen man ohne Konvention gesprochen, wären keinen Großes werth, wenn man, wie geäußert worden, das Placet bestehen lasse.

Prälater v. Moser greift besonders den Kurialstil in der die Konvention enthaltenden päpstlichen Bulle an, der für den Staat ein so gar demüthigender sei, läßt sich dann in dogmatisch-polemische Erörterungen ein, die unter den Katholiken der Kammer einen Sturm hervorrufen, weil er am Schluß derselben sagte: Man sollte der katholischen Kirche mehr freie Entwicklung lassen, wenn sie sich früher oder später berufen sollten, sich mehr oder weniger von Rom loszumachen, und sie nicht durch Verträge an dasselbe binden.

Graf Adeltmann und Wiese saßen das so an, als sei es an das Gewissen der katholischen Abgeordneten gesprochen, und Wiese bemerkte, er kenne keinen Katholismus, und würde jedenfalls nicht zu einem protestantischen Prälaten in die Schule gehen, um denselben zu lernen. Es bedurfte noch einer besondern Erklärung des Hrn. Prälaten, daß er nur einen allgemeinen Satz ausgesprochen und Niemanden habe verletzen wollen, um die aufgeregten Gemüther zu beschwichtigen. Nachdem noch Graf Adeltmann für die Konvention, Walter (der erste Katholik) gegen dieselbe gesprochen, Hager und Müller von Laupheim ihre Abstimmungen motivirt, die Berichterstatter und Minister v. Linden ihre Standpunkte vertheidigt hatten, wurde, wie oben bemerkt, zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag der Minderheit (Referent Sarwey), nunmehr Beschluß der Kammer, lautet wörtlich also: „Die Kammer der Abgeordneten wolle beschließen, daß sie die mit dem päpstlichen Stuhl zur Regelung der Angelegenheiten der katholischen Kirche in Württemberg am 8. April 1857 abgeschlossene und zur allgemeinen Kenntniß gebrachte Vereinbarung als unverbindlich betrachte, demgemäß gegen deren Vollzug Verwahrung einlege und an die königl. Staatsregierung die ehrsüchtige Bitte stelle, in dieser Erwägung die Verordnung vom 21. Dez. 1857, betreffend die Bekanntmachung jener auf die Verhältnisse der katholischen Kirche bezüglichen Vereinbarung, außer Wirkung zu setzen und diese Verhältnisse im Wege der Landesgesetzgebung zu ordnen.“

* Die kurhessische Frage in der bayrischen Abgeordneten-Kammer.

München, 15. März. Gestern hat die Abgeordnete-Kammer die Verhandlung über die kurhessische Angelegenheit unter ungeheurem Jubel zu den Gallerien begonnen. Die Sitzung dauerte 5 Stunden; es sprachen vier Redner. Der Berichterstatter Dr. Pözl, der zuerst das Wort ergreift, betont die Berechtigung, ja die Pflicht der Kammer, diesen hochwichtigen Gegenstand in das Bereich ihrer Wirksamkeit zu ziehen; nur über die Art und Weise der Fassung seien die Ansichten getheilt. Es würden sich zwar manche Vorwürfe erheben im Einigen, die sagen, man thue dem „Störenfried im Westen“ einen Gefallen, indem man die

Uneinigkeit Deutschlands aufdecke; von Andern, die behaupten, die kurhessische Angelegenheit werde durch Schwägen nicht bereinigt, sondern eher verzögert; wieder Andere wollten in den Vertretern der kurhessischen Sache sogar „Helfershelfer des Nationalvereins“ erblicken. Aber Recht müsse Recht bleiben, selbst wenn letztere Voraussetzungen sich bestätigten. Preußen kommt in dem Vortrage des Redners nicht am besten weg; doch habe es durch sein neuerliches Verhalten in der kurhess. Angelegenheit seine frühere Schuld zu sühnen gesucht.

Der Antragsteller Böck ließ seinen eigenen Antrag fallen und griff den im Ausschuss verworfenen ursprünglichen Antrag des Berichterstatters, der von allen vorgelegten am weitesten geht, wieder auf. Redner beleuchtet in kräftigen Ausdrücken die bekannten Ereignisse, welche die kurhessischen Verfassungswirren zur Folge hatten, wobei er auch die dabei zunächst beteiligten Personen so scharf minimirt, als die parlamentarische Sprache es erlaubt. Er führt u. A. das Bismarckwort an, daß die Leute, die „jenen Mann mit dem verhängnißvollen Namen“ nach Rassel zuriefen, alle unter einem Regenschirm hätten spazieren gehen können. (Heiterkeit.) Und dieser Mann sei zu einer Zeit zurückgerufen worden, wo es sich um die Verfassung handelte. Man habe damit sogar dem Gebot der Sittlichkeit ins Gesicht geschlagen, denn er sei noch unter der Anklage einer Fälschung gestanden; seine Freisprechung erfolgte erst später. Bayern, welches an dem verhängnißvollen Gang der kurhessischen Wirren so nahe beteiligt sei, welches selbst unter dem Ministerium Abel (in der hannoverschen Sache) einer Kompetenzüberschreitung des Bundes, wie diese, die auch präjudizial für die bayrische Verfassung sei, nicht zugestimmt habe, sei insonderheit berufen, zur Wiederherstellung der „Grundlagen des Rechts“ — wie der von ihm adoptirte Antrag sich ausdrückt — mitzuwirken. Welches Recht gemeint sei, könne nicht bezweifelt werden; doch soll damit nicht gesagt sein, daß die Rückkehr blank und nach zur Verfassung von 1831 stattfinden müßte; das ist eine innere Angelegenheit Kurhessens, darüber mögen Fürst und Volk dort sich einigen. Aber das dürfen wir fordern, daß das Recht, das legitime Recht, dieser Einigung zu Grunde gelegt werde; und dies wollen wir in einer Petition an die Krone aussprechen. Es ist im ureigensten Interesse der Mittelstaaten, daß sie so kräftig als möglich ihre Stimme für verletztes Recht und verlegte Sittlichkeit erheben.

Lassaulx entschied sich für keinen von allen Anträgen, stellte auch keinen eigenen, gab aber dafür lange Betrachtungen über den Gegenstand der Debatte, wobei er die kurhessische Verfassung von 1831 einer scharfen Kritik unterzog, und darzuthun suchte, daß mit ihr das Regieren kaum möglich sei, und Vieles von den Sünden und Fehlern der kurhessischen Kammermajorität von 1848 und 49 vorbrachte, ohne indessen das Verfahren der Regierung und des Bundes zu billigen. Redner kommt dann auf die Lage der Gegenwart überhaupt zu sprechen und schreitet zu einer energischen Philippica gegen Hrn. v. Bismarck aus Anlaß seines bekannten Amendements in der preussischen Abgeordneten-Kammer vor. Da dieser sich auf ihn (Lassaulx) berufen, als stimme er mit ihm überein, fühlte sich Redner veranlaßt, ihm näher auf den Leib zu rücken. Er habe ihn (Bismarck) in Frankfurter Parlament kennen und damals als achteln gelernt wegen seiner Standhaftigkeit, mit der er (Bismarck) seine Grundsätze gegen die sogenannte Linke geltend machte. Am 22. Juni 1848 habe Bismarck bekannt: die Stimmung der Zeit gebe keinen Grund, den Rechtsboden, auch wenn er durchlöchert scheine, zu verlassen. Bismarck war der Erste, der den österreichischen Erzherzog zum Reichsverweser vorgeschlagen hat! Am 27. Juni 1848, als Radeky in Italien eintritt, habe Arnold Ruge — der „Herold aller Krisen“ (Heiterkeit) — geschrieben, die Deutschen müßten wünschen, daß die „Radekys“ aus Italien gejagt werden, weil es zur Rekonstruktion von Europa gehöre. Der damalige Präsident v. Gagern bezeichnete diese Böhre als halben Verrath an der deutschen Nation, und Bismarck habe zu Jenen gehört, die dem Ruge zuriefen: es sei eine „Schande“, solche Worte von einer deutschen Tribüne zu hören. Wer hätte damals geglaubt, daß derselbe Hr. v. Bismarck 12 Jahre später sich in dieselbe „politische Pfütze des Arnold Ruge“ verlaufen würde? Bismarck scheine mit seinem Amendement, die „Konso lidirung Italiens“ betreffend, und mit seinem Wunsche, die Ungarn möchten die österreichische Verfassung zerreißen, wohl zu rechnen, daß sein Herr und König keine Notiz davon nehme, sonst wäre es eine große Keckheit, dem Sohne des ritterlichen Königs Friedrich Wilhelm und der Königin Luise solche Bundesgenossen und die ehrlöse Rolle in Deutschland, wie sie Victor Emanuel in Italien spielte, zu wünschen. Im weiteren Verlauf seiner Rede ruft Lassaulx: „Wenn es in Deutschland noch eine ritterliche Ehre gebe, müßten 100,000 Schwerted geüdt worden sein zur Vertheidigung des Königs Franz II. und seiner heldenmüthigen Gemahlin Marie.“

Edel bringt einen besondern Antrag ein, durch den er eine feierliche Verwahrung gegen den Bundesbeschluß von 1852 und seine Prinzipien verkündet wissen will. Die kurhessische Verfassung anerkennt Redner als die freisinnigste, obwohl nicht von Ueberschwenglichkeiten frei. Die Zwistigkeiten seien in Kurhessen nicht geschlichtet worden, weil man auf beiden Seiten sich nicht entgegenkommen wolle. Die Katastrophe in Kurhessen fällt in die Zeit des Streites zwischen Oesterreich

und Preußen, und es folgte die traurige Zeit der „Schlacht von Bronzell“, wo Alles für den „Erreiter des 2. Dezember“ schwärmte. Diese Zeitumstände veranlaßten den bekannten Bundesbeschluß. Jeder Jurist müsse bekennen, daß der Bund seine Kompetenz überschritten habe; aber es bleibe nichts übrig, als daß der Bundesbeschluß von 1852 innerhalb der Schranken der Bundesversammlung reformirt werde, mit Rücksicht auf die jetzige politische Nothwendigkeit. Die Bundesverfassung werde dadurch nicht an Ansehen verlieren, sondern eher das Vertrauen der Nationen wieder gewinnen. Redner bezeichnet zwei Ziele, die sein Antrag anstrebe: Schutz für die bayrische Verfassung, denn obgleich hier noch keine Oxyrirung versucht worden, könnten doch einmal solche Gelüste kommen; und dann das Mittel, den Gefühlen des bayrischen Volkes für das verfassungstreue Hessen Ausdruck zu geben. Auf die Form komme es nicht an, nur auf den Effekt, und dieser wird derselbe sein. Es sei zu hoffen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die deutsche Kabinette dem Kurfürsten von Hessen ganz andern Rath ertheilen werden, wie früher. Redner betont dann nachdrücklich, daß unglücklicher Weise die kurhessische Sache für andere politische Zwecke ausgebeutet werde; man wolle abermals eine große deutsche Frage auf demselben Schlachtfelde lösen. Der Redner sagt u. A.: Es ist ein wenig beneidenswerther Ruhm für einen deutschen Abgeordneten, den Beifall des Prinzen Napoleon und Victor Emanuel's zu erlangen. Einen Akt, den Prinz Napoleon im Interesse Frankreichs findet und den Victor Emanuel lobpreist, halte ich von selbst für verurtheilt. Diejenigen, welche gegenwärtig an die Spitze Deutschlands treten wollen, müssen ihr eigenes Wohl mit dem Deutschlands identifiziren und bereit sein, einzustehen, wo deutsche Interessen angefochten werden. Es darf nicht ignorirt werden, daß in Deutschland kein Staat groß und mächtig genug ist, um allein allen Stürmen der Gegenwart zu trotzen. Hilfe kann nur durch die Vereinigung aller Kräfte werden, und hier sind die süddeutschen Millionen eben so viel werth, wie die des Nordens. Eine traurige Politik hat uns bewiesen, daß der Kardinalpunkt unserer Stärke in dem Zusammengehen Preußens und Oesterreichs und dem innigen Anschlusse der übrigen Staaten liege. Uebrigens denke die preussische Regierung anders als Hr. v. Bismarck; das habe sie dadurch bewiesen, daß sie allen deutschen Regierungen das System der gezogenen Kanonen so bereitwillig mittheilte. Gegen welche „Reaktionäre“ sollen die 300,000 italienischen Bajonnette gebraucht werden? Wenn Oesterreich auf sich allein angewiesen bleiben sollte, wäre der Erfolg jedenfalls sehr zweifelhaft.

München, 17. März. Gestern wurde die kurhessische Debatte in der Abgeordneten-Kammer fortgesetzt. Zunächst übergibt Graf Hegenberg einen neuen Antrag, der eine feierliche Verwahrung gegen den Bundesbeschluß enthält und an den König die Bitte richtet, „in Kurhessen zur Herstellung eines geordneten Zustandes mitzuwirken“. Bei der Frage nach Unterstüzung erhebt sich fast die ganze Kammer. Der erste Redner ist Hr. v. Rosenhan. Er ist nicht für das energische Vorgehen im Sinne der H. B. Böck und Pözl, sondern beschränkt sich auf das Aussprechen von Erwartungen, Hoffnungen u. dgl.

Räferlein wiederholt das Sündenregister der kurhess. Regierung, findet in dem Verfahren des Bundes ebenfalls eine Kompetenzüberschreitung, und meint, es sei Pflicht der Kammer, hiegegen Verwahrung einzulegen. Er schließt sich dem Antrage Graf's an.

Lassaulx erklärt nach einer allgemeinen politischen Betrachtung die kurhessische Verfassungsfrage für ein unheiliges Vermächtniß, bei welchem sich nicht läugnen lasse, daß Bayern eine traurige Rolle dabei gespielt habe. Es sei indessen jetzt nicht die Zeit zu Anschuldigungen, denn es bedürfe der vollen Eintracht, nicht der Zwietracht. Im weiteren Verlauf des Vortrags bekennt sich Redner zu der Ansicht, daß ein Protest allein hier nicht am Plage sei; nur der ursprüngliche Antrag des Berichterstatters könne vollständig entsprechen.

Stadler und Höckerer (beide Landwirthe) erklärten sich in ausführlichen Vorträgen ebenfalls für den ursprünglichen Antrag des Referenten.

Dr. Brater (der Redakteur der „Süddeutsch. Ztg.“) trat zunächst den Äußerungen und Ansichten entgegen, welche gestern Lassaulx über die Zustände und das Wirken der Landtage in Kurhessen geäußert hat, wobei er darzulegen sucht, daß Lassaulx einseitig verfahren sei. Brater erklärte sich dann gleichfalls für den Antrag des Referenten.

Dr. Kuland ist der Ansicht, daß mit der kurhessischen Verfassung von 1831 nicht zu regieren war, sowie, daß die Bundesversammlung ihre Kompetenz nicht überschritten habe. Redner hätte gewünscht, man wäre über den vorliegenden Antrag zur Tagesordnung übergegangen, denn solche Anträge könnten unmöglich zur Kräftigung und Einigung Deutschlands führen; er hätte ferner gewünscht, daß man eine befriedigende Lösung der kurhessischen Verfassungsfrage ohne das Dazwischentreten der Kammern anderer deutscher Staaten vertrauensvoll erwartete.

Schließlich sprach Dr. Barth ebenfalls für den Antrag des Referenten, worauf die Debatte auf heute vertagt wurde.

In der heutigen Sitzung wird die kurhessische Debatte fortgesetzt und zu Ende geführt. Es handelte sich nur um die Aufhebung desjenigen Amendements, welches nach den Ergebnissen der bisherigen Diskussion am meisten Hoffnung auf den möglichst zahlreichen Beitritt haben könne. Die meisten Chancen schienen alsbald dem des Präsidenten, Grafen Hegnenberg, sich zu öffnen, der die Sitzung mit einer Verteidigung desselben eröffnet. Nach ihm sprachen Schlor, Urban und Aufschläger, worauf Par in Namen der Kommission erklärt, daß sie ihren Antrag zurückziehe und den des Grafen Hegnenberg adoptire. Auch Bölsche zieht den Antrag des Berichterstatters zurück, so daß nur noch der ältere Hegnenberg-Edel'sche und der neue Hegnenberg'sche vorliegen. Edel hält den seinigen aufrecht. Nach einer Rede des Herrn v. Kerckensfeld, der u. A. den Nationalverein und sein Thun und Treiben mit scharfen Worten geißelt, und die Gelüste nach einer Nachahmung der traurigen Revolutionswirtschaft und elenden Vergewaltigung, die in Italien vorgehe, in Deutschland verurtheilt, findet die Abstimmung statt. Der Edel'sche Antrag erhielt nur 12 Stimmen, worauf der Hegnenberg'sche mit 132 gegen 8 Stimmen angenommen wurde.

Deutschland.

Karlsruhe, 18. März. Die zweite Lesung des bei dem großh. Handelsministerium ausgearbeiteten Entwurfs eines Gewerbegesetzes wird sichtlich Vernehmen nach am 3. künftigen Monats beginnen. Der als Manuscript gedruckte Entwurf nebst den Motiven und einer übersichtlichen Zusammenstellung des Ergebnisses der Vorerhebungen wurde in diesen Tagen den bei der Frage mitbetheiligten anderen Ministerien zur Begutachtung übersendet, und befindet sich nun auch in den Händen der Beräthe, welche zur zweiten Lesung hieher berufen wurden. Wie wir hören, sind in letzterer Eigenschaft eingeladen worden als Vertreter der Wissenschaft die H. H. Geh. Rath Dr. Rau und Geh. Hofrath Dr. N. v. Mohl von der Universität Heidelberg, Professor Dr. Knieß von der Universität Freiburg, Geh. Rath Dr. W. Eisenlohr und Hofrath Dr. Redtenbacher von der Polytechnischen Schule dahier; sodann als Vertreter des Handels- und Gewerbestandes vom Seckreis die H. H. Franz Joseph Faller, Fabrikant in Leuzkirch, H. Bögelin, Fabrikant in Konstanz, und C. Rosenlöcher, Glodengießer daselbst; vom Oberrheinkreis die H. H. Fabrikanten Karl Gretzer in Schopfheim und Karl Weg in Freiburg und Schreiner Joseph Schmidt daselbst; vom Mittelrheinkreis die H. H. Velzer, Werkmeister in Weissenbach, Ludwig Dölling, Gärtler dahier, J. Stüber, Präsident der hiesigen Handelskammer, Georg Schaller, Gerber in Lahr, Karl Jerrenner, Oberbürgermeister in Pforzheim; vom Unterrheinkreis die H. H. Joseph Böhm, Bäcker in Mannheim, Friedr. Lauer, Präsident der dortigen Handelskammer, H. Ehr. Heinge, Fabrikant in Weinheim, H. Sulzer, zweiter Bürgermeister in Heidelberg, und Adolph Zimmermann, Kaufmann und Bankier daselbst.

Durlach, 18. März. Unsere Gasbeleuchtungs-Angelegenheit ist nun seit zwei Tagen endgiltig geregelt. Vor einiger Zeit hatte eine Anzahl von etwa 25—30 hiesiger Einwohner aus verschiedenen Stadttheilen sich gegen die Anlegung der Gasanstalt vor dem westlichen Ende der Stadt, nördlich von der Karlsruher Straße, ausgesprochen, und diese ihre Ansicht durch eine Gesamtunterklärung in dem Wochenblatt zu fügen gesucht. Die Ausführung wird zeigen, wie weit ihre Bedenken begründet und der Berücksichtigung werth sind. Die Errichtung der Gasbeleuchtung im Laufe dieses Sommers wurde nun vorgestern in den versammelten Gemeinbeauschüssen mit 44 gegen 10 Stimmen beschlossen. Jedoch waren die Gegenstimmen nicht gegen die Sache an sich, sondern nur gegen einzelne Bestimmungen des mit Rupp, Dölling und Komp. (ein Durlacher) abgeschlossenen Vertrages, namentlich gegen dessen Abschluß auf 40 Jahre hinaus, sowie gegen die Bestimmung, nach welcher die Stadt für eine Flamme (1000 R.-Fuß) 4 fl., der einzelne Verbraucher aber 5 fl. 30 kr. bezahlen soll, während nach dem Inhalt eines früheren Vertrags die Stadt nur 3 fl., der Einzelne aber 6 fl. zu bezahlen hatte.

Mag man jedoch über Einzelnes verschiedener Ansicht sein, darin, daß wir eine bessere Stadtbeleuchtung nöthig haben, und daß wir Alle dieses Fortschrittes zum Besten uns freuen, sind wohl ohne Ausnahme alle Urtheilsfähigen einig.

Vom Neckar, 18. März. Zur Behandlung bei dem bevorstehenden deutschen Handelstage sind von dem Borort Heidelberg unterm 20. Dez. v. J. folgende 6 Punkte als hiezu besonders geeignet bezeichnet worden: 1) Gleiche Münze, Maß und Gewicht in ganz Deutschland; 2) Verwaltung und Gesetzgebung der Eisenbahn; 3) die Aufhebung der Durchfuhr- und Schiffsabzölle; 4) die Beseitigung der verschiedenen Uebergangsteuern; 5) Revision der Vorschriften über Abfertigung zollpflichtiger Gegenstände; 6) die baldige Einführung des deutschen Handelsgesetzbuches, eventuell einseitige Einführung von Handelsgerichten.

Außerdem waren nun nach einem Ausschreiben der Handelskammer zu Heidelberg bis zum 2. d. M. folgende weitere Anträge eingelaufen:

I. Von der Handelskammer in Fürth: 1) Es sei eine kürzeste Frist für Expedition und Ablieferung telegraphischer Depeschen in den verschiedenen Zonen zu bestimmen und sollen dem Absender bei Nichterhaltung derselben wenigstens die Kosten zurückvergütet werden; 2) für im Zollhause lagernde, durch Brand zu Verlust gehende Transitgüter sei keine Steuer zu erheben; 3) Einführung gleichartiger Briefmarken für die süddeutschen Staaten; 4) daß Handlungsreisende der Oblichtigkeit, Patente, resp. Gewerbscheine lösen zu müssen, entzogen werden, eventuell, daß die Legitimationscheine der heimathlichen Behörde für genügend erachtet werden sollen; 5) daß Niemand ohne Ermächtigung durch ein besonderes Landesgesetz berechtigt sei, Papier auszugeben oder in Umlauf zu setzen,

durch welches die Zahlung einer bestimmten Geldsumme an jeden Inhaber versprochen wird.

II. Von der Handelskammer in Hagen: 1) Daß den aus der Verschiedenheit der Frachtarife der Eisenbahnen hervorgegangenen Uebelständen möglichst ein schleuniges Ende gemacht werde; 2) daß eine möglichst weitgehende Ermäßigung der Eisenbahnfrachten, und zwar zum mindesten so weit, wie sie in England und Frankreich zur Entwicklung der Industrie und zur Vermehrung des Volkswohlstandes schon jetzt bestehen und theils in nahe Aussicht gestellt sind — auch auf den deutschen Bahnen bewilligt werde.

III. Von der Handelskammer in Hannover: 1) Gleiche Münze, Maß und Gewicht in ganz Deutschland: a) das Zollgewicht, welches in den meisten Zollvereins-Staaten schon als allgemein gültiges Handelsgewicht angenommen ist, möge als allgemein deutsches Handelsgewicht bislang noch nicht eingeführt haben; es bedarf dieser Antrag wohl keiner weiteren Motivirung; b) das von dem Ingenieur- und Architektenverein zu Hannover bearbeitete einheitliche Maßsystem für Deutschland, welches mit dem französischen Maßsystem identisch ist, den verschiedenen deutschen Regierungen zur Annahme zu empfehlen; — wir fügen den Entwurf bei und beziehen uns auf die Motive desselben; c) die jetzt bestehenden drei Silberwährungen in Deutschland zu einer einzigen, dem 90-Gulden-Fuß, umzuwandeln und die Kronen als Vereins-Goldmünze abzuschaffen. 2) Einführung der deutschen Wechselordnung im Fürstenthum Lippe-Schaumburg. 3) Antrag auf freie Vereinbarung der Handelstreibenden, um die kleinen Wechsel in Beträgen von unter 50 Thlrn. aus dem Verkehr zu verbannen.

IV. Von der Handelskammer in Köln: 1) Die weitere Ausdehnung und Entwicklung des Zollvereins; 2) die Freizügigkeit in allen deutschen Ländern, resp. im ganzen Zollverein; 3) allgemeine Gewerbefreiheit durch eine einheitliche deutsche Gewerbeordnung; 4) ein einheitliches Patentgesetz für die deutschen Bundesländer; 5) eine einheitliche deutsche Flagge; 6) ein einheitlicher Portojag von 1 Sgr. per Brief.

V. Von der Handelskammer in Breslau: Die Einführung des allgemeinen deutschen Handelstages, seine Verfassung, seine Wiederkehr und seine dauernde Vertretung.

VI. Von der Handelskammer in Bremen: Der Handelstage wolle die hohen deutschen Regierungen ersuchen, bei Abschluß oder Erneuerung von Handels- und Schiffsabzölle-Verträgen dafür Sorge zu tragen, daß die in manchen fremden Ländern bestehende differenzielle Behandlung des deutschen Handels und der deutschen Schifffahrt aufhöre und die Vortheile, welche zur Hebung von Handel, Industrie und Schifffahrt dienen sollen, auch allen übrigen deutschen Staaten, soweit sie die dafür ausbedungenen Gegenleistungen zu erfüllen bereit sind, zu Theil werden.

VII. Von der Handelskammer in Offenbach: 1) Erlass eines Patentgesetzes für den Umfang des ganzen deutschen Zollvereins; 2) Errichtung einer Zollvereins-Zentralstelle zur Prüfung der Erfindungen und Ertheilung von Erfindungs- und Verbesserungs-patenten für das Zollvereins-Gebiet (insbesondere auch in Bezug auf den von Frankreich angestrebten Handelsvertrag mit dem deutschen Zollverein).

VIII. Von der Handelskammer in Dresden: 1) Die Emission von Papiergeld, beziehungsweise die künftige Annahme in sämmtlichen deutschen Bundesstaaten betreffend; 2) die Coupons der verschiedenen Aktiengesellschaften als Zahlungsmittel betreffend.

Mannheim, 17. März. Hr. Hoftheater-Direktor Dr. Ed. Devrient aus Karlsruhe bereitete dem hiesigen gebildeten Publikum gestern Abend einen ferner seltenen Genüße, welche ganz geeignet sind, sich eine bleibende dankbare Erinnerung zu sichern. Es las zum Besten des Germanischen Museums im Foyer des großh. Hoftheaters Shakespeares Lustspiel „Was ihr wollt“, welches hier in anderer Bearbeitung unter dem Namen „Viola“ auf dem Bühnenrepertoire steht. Die Bewunderung der Mannichfaltigkeit im Ausdruck der Stimme und Miene je nach dem Charakter jeder Person, der Ausdauer, der Behendigkeit und Kraft bei Darstellung der rasch sich entwickelnden Szenen dieses Lustspiels war eine ungetheilte und von dem allgemeinen Wunsche begleitet, es möchte der verehrte Gast recht bald wieder durch einen ähnlichen Vortrag die Verbreitung eines guten Geschmackes in Beurtheilung und Darstellung dramatischer Kunst fördern. Man war indessen hier schon im voraus auf diesen Kunstgenüß so gespannt, daß bei dem aus Rücksicht auf die Wünsche des Vortragenden gewählten Raume man weitaus nicht allen Nachfragern nach Eintrittskarten gerecht werden konnte. Der Landtagsabgeordnete Nath Achenbach, welchem dieser Genüß zunächst zu verdanken ist, konnte denselben leider nicht theilen, indem er zu einer Konferenz der Zuckerindustriellen mit den Zollvereins-Abgeordneten in Berlin in seiner Eigenschaft als Mitdirektor der Waghausler Fabrik abgerufen war. Derselbe wird wahrscheinlich auch der Versammlung der deutschen Bühnenvorstände anwohnen, die in nächster Woche in Berlin stattfinden wird.

Stuttgart, 17. März. Staatsminister v. Herzogen (früher zweimal Finanzminister) ist gestern, 74 Jahre alt, gestorben. Er war Mitglied des ersten und des zweiten Schlayer'schen Ministeriums, zuletzt Otoberministerium (vom Oktober 1849 bis Juli 1850).

München, 16. März. (N. Z.) Dem Vernehmen nach hat die bayrische Regierung auf den 20. d. M. zu einem Zusammentritt der Mainufer-Staaten in München eingeladen, um die Beseitigung oder doch mögliche Herabsetzung der Mainzölle zu erzielen.

Frankfurt, 16. März. In der heutigen Bundestags-Sitzung war Preußen durch Oesterreich vertreten. Hr. v. Uedom weist in Berlin. Nach Entgegennahme von Ständelisten, Eisenbahn-Berichten und Vorträgen über Privatklamationen etc. gab der dänische Gesandte für Holstein eine vorläufige Erklärung über die den holsteinischen Ständen

gemachte Vorlage ab. Man rühmt der Erklärung nach, daß sie „konziliant“ abgefaßt sei und keine Verwahrung ausspreche. — Seitens der Nürnberger Kommission wurde sodann das fertige Handelsgesetzbuch, sowie das Gutachten derselben über eine Interpretation des Wechselrechts vorgelegt. Den Anträgen der Reklamationskommission und des Militärausschusses entsprechend, bewilligte die hohe Versammlung hierauf dem Eroberer der „Ostion“, Artilleriemajor Jungmann, eine Jahrespension von 700 fl. Schließlich kam der übliche Wechsel in der Stimmführung der Bundes-Militärkommission zur Anzeige. Oldenburg, Kurhessen und Württemberg treten aus und an ihre Stelle kommen wieder Sachsen, Hannover und Baden.

Frankfurt, 17. März. Ueber die von dem dänischen Gesandten wegen Holstein in der gestrigen Bundestags-Sitzung gemachte Erklärung erfahren wir folgendes Nähere: Nach erstatteter „vorläufiger“ Anzeige von dem Zusammentritt der holsteinischen Stände und den ihnen gemachten Vorlagen sagte der Hr. Gesandte: Bei dem Bedenken der holsteinischen Stände gegen eine gemeinsame Vertretung der Monarchie sei es unmöglich, sofort eine gemeinsame Verfassung zu vereinbaren; die holländ. Regierung sei in ihren Vorlagen so weit gegangen, als der ungehörte Fortgang der Staatsverwaltung erlaube. Der Hr. Gesandte sprach sodann die Hoffnung aus, daß die den holsteinischen Ständen gemachten Vorlagen, „bei denen die Bedenken der Bundesversammlung berücksichtigt worden seien“, wenn nicht zur definitiven, doch provisorischen Regelung der Angelegenheit führen mögen, und bezieht sich weitere Mittheilung bis nach dem Schlusse der ständischen Verhandlungen vor. Die Erklärung wurde ohne weitere Entgegnung seitens der übrigen H. H. Gesandten den vereinigten Ausschüssen zugewiesen.

Mainz, 16. März. (N. Z.) Gestern Abend fand dahier eine Versammlung angelegener hiesiger Bürger statt, worin die, in Folge der zwischen der Regierung und dem Bischof von Mainz im Jahr 1854 abgeschlossenen Konvention, in Bezug auf Staat und Frieden, insbesondere die Heranbildung der Geistlichen, das Schulwesen etc. durch den Einfluß der geistlichen Gewalt eingetretene Wirkung Gegenstand einer sehr ernsten und würdevollen Beratung waren. Man faßte einstimmig den Beschluß, in einer Petition den Großherzog zu bitten, die erwähnte Konvention zurückzunehmen und die Verhältnisse der katholischen Kirche auf gesetzlichem Wege ordnen zu wollen.

Hamburg, 15. März. (Fr. Z.) Am letzten Montag, also am 11. März, haben die Dänen die Befestigungen am Dännevirke, zwischen Schleswig und Rendsburg gelegen, aufgenommen. Dreihundert Arbeiter sind in Thätigkeit. Von Kopenhagen aus hat man Blockhäuser dortin geschafft. Hiernach zu schließen, sieht Dänemark den Verständigungsversuch mit den holsteinischen Ständen als gescheitert an, und macht sich auf die Bundesexekution gefaßt.

CS. Berlin, 16. Mai. (Herrenhaus. Armin'scher Antrag.) Nach einem weitem fünfständigen, mit gleicher Lebhaftigkeit geführten Kampfe, an welchem sich heute die H. H. Düesberg, v. Waldow-Steinbäfel, Baumhart, v. Below, Camphausen, v. Zedlitz, der Regierungskommissar Ritter und der Finanzminister Graf Arnim-Boitzenburg beteiligten, sind die nunmehr Besiegten als Sieger abgetreten — und zwar nach völliger Erschöpfung — der Reuerliste. Der Antrag ist mit 96 Stimmen (6 mehr als die absolute Majorität) gegen 83 angenommen worden und wird der Regierung übergeben werden, welche bereits erklärt hat, daß sie nicht weiß, was sie mit ihm machen soll, da sie ihn für unausführbar hält. Auch heute ist der Graf Reventlow wegen seiner „Unmündigkeit im Herrenhause“ wiederholt angegriffen worden. Der würdige Mann hat seine Verteidigung Mitgliedern des Herrenhauses überlassen; er hatte vielleicht im Geheimen die Hoffnung gehegt, daß einer von den Rathgebern der Krone ein Wort für ihn einlegen werde. Seine Hoffnung ist getäuscht worden, wie die Hoffnung der öffentlichen Meinung.

CS. Berlin, 17. März. Unmittelbar nach der am Samstag stattgehabten Sitzung des Herrenhauses, in welcher der Antrag des Grafen Arnim gegen das Abtreten der Regierung angenommen wurde, bezog sich der Fürst von Hohenzollern zum Könige, um über das Resultat zu berichten. Wie man hört, herrscht in den höchsten Kreisen Mißstimmung über die Haltung des Herrenhauses. Der Beschluß über die Rücknahme des Ehegesetzes-Entwurfes ist noch nicht gefaßt, doch darf nach Lage der Sache angenommen werden, daß die Zurückziehung des Gesetzes in der nächsten Sitzung des Hauses bereits erfolgen wird. — Die Einbringung des Kreisordnungsgesetzes-Entwurfes ist, wie es heißt, gänzlich in Frage gestellt. An entscheidender Stelle soll man den Stimmen Gehör gegeben haben, welche den diesjährigen Entwurf für zu liberal ansehen. Keinesfalls dürfte der Entwurf, selbst eingebracht, in dieser Session alle Stadien der Berathung in den beiden Häusern durchlaufen und so bis zur kön. Sanktion gelangen können. Was das Ministerverantwortliche Gesetz betrifft, so werden die dahin im Abgeordnetenhaus gestellten Anträge wohl im Plenum zur Berathung kommen. — Die Zerklüftung in der Fraktion Binde wird mit jedem Tage größer. Am Freitag fand eine ziemlich zahlreiche Versammlung statt und man beschloß eine ernsthaftige Interpellation an den Vorstand über die Stellung desselben zu mehreren schwebenden Fragen von prinzipieller Bedeutung. Von der Antwort wird es abhängen, ob noch mehrere Mitglieder aus dieser Fraktion, der zahlreichsten im Hause der Abgeordneten, scheiden.

Berlin, 17. März. Wie mehrseitig versichert wird, haben die Bemühungen um eine Ausgleichung zwischen dem Ministerium und der liberalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu einer Verständigung geführt, durch welche die vorhandenen Konflikte beseitigt sind. Selbst in der Militärfrage sollen keine ernstlichen Schwierigkeiten mehr zu besorgen sein. Bekanntlich sind auf Antrieb der Fraktion Binde die Budgetanträge des Kriegsministeriums, welche gegen die

frühere Einrichtung eine Erhöhung des Heeresatzes in sich schließen, zu besonderer Berathung ausgeschieden worden. Diese Anträge will die liberale Partei nicht in den ordentlichen Etat aufnehmen, aber sie ist bereit, zur Deckung des durch die neue Heeresorganisation entstandenen Mehrbedarfs abermals einen außerordentlichen Zuschuß zu bewilligen. In solcher Weise soll für die Staatsverwaltung eine Verlegenheit und für das Abgeordnetenhaus die sonst nahe getretene Eventualität einer Auflösung aus dem Wege geräumt werden. Dabei enthält das Vorhaben aber ein bedenkliches Präjudiz, indem eine regelmäßige dauernde Ausgabe von immer wiederkehrenden zeitweisen Bewilligungen abhängig gemacht wird. — In Bezug auf das Verhalten Preußens zu der bevorstehenden Proklamirung des sardinischen Monarchen zum König von Italien macht sich in hiesigen Regierungskreisen die Ansicht geltend, daß diese Proklamirung an sich die Abberufung des preussischen Gesandten von Turin noch nicht zur Folge haben werde. Man scheint hier nämlich die ganze Aenderung ignoriren und im diplomatischen Verkehr von dem neuen Titel gar keine Notiz nehmen zu wollen. Sobald aber sardinischerseits durch eine Notifikation oder durch Ausstellung neuer Beglaubigungsschreiben für den Turiner Gesandten Schritte gethan würden, um Preußen zu einer förmlichen Entscheidung in der Sache zu veranlassen, soll ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem König Victor Emanuel zu erwarten sein. — Gestern Mittag fand, von schönsten Wetter begünstigt, unter den Linden die erste Frühjahrsparade von Truppen der hiesigen Garnison statt. — Ihre Königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin ist in Folge der aus London eingegangenen Trauerkunde von dem Ableben der Herzogin von Kent heute Morgen zu ihrem erlauchtem Eltern nach England abgereist. In einigen Tagen wird auch der Kronprinz sich nach London begeben, um an dem Leichenbegängniß der hohen Verbliebenen Theil zu nehmen.

Wien, 15. März. (Köln. Ztg.) Die Balutafomission setzt ihre Beratungen zwar sehr fleißig fort, hat aber bis jetzt nur negative Resultate erzielt, d. h. sie hat die von den H. H. Boscarolli aus Innsbruck, Richter aus Breslau, und Strauß aus Wien eingereichten Vorschläge für unannehmbar erklärt. Gestern begann sie mit der Berathung der von den einzelnen Handelskammern eingereichten Gutachten. Voraussetzlich werden auch diese dasselbe Schicksal haben, d. h. sie werden als unpraktisch erklärt werden. Wie es scheint, legt die Kommission ein Hauptgewicht auf die Lösung der Bankfrage. Ohne die Wichtigkeit dieser irgendwie unterschätzen zu wollen, ist es doch klar, daß sie nur dann mit Aussicht auf Erfolg in Angriff genommen werden kann, wenn zuvor Mittel und Wege gefunden sind, wie das Defizit im Staatshaushalte beseitigt werden kann. In dieser Beziehung gibt es jedoch nur ein Mittel, welches sicher zum Ziele führen kann, nämlich die Beschränkung des Militäretats. Dazu wird und kann man sich aber in dem gegenwärtigen Augenblicke nicht entschließen, da man auf Venetien nicht Verzicht leisten will.

Prag, 13. März. (Wien. Ztg.) Eine der vielen gesperrten Kirchen Prags wurde nach 77 Jahren wieder eröffnet, und zwar auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers, um für den Gottesdienst der Protestanten in der hiesigen Garnison verwendet zu werden. Es ist dies die Kirche des ehemaligen Ursuliner-Nonnenlosters auf dem Hradischin.

Österreichische Monarchie.

Trient, 16. März. (N. Z.) Die Wahlen des dritten Kollegiums sind durchgängig auf Italienisim gefallen.

Italien.

Turin, 13. März. (Köln. Ztg.) Prinz Napoleon hat an den König geschrieben, er müsse seine Reise nach Italien vertagen, da der Kaiser befürchte, die für ihn (den Prinzen) bereiteten Ovationen könnten Mißdeutungen hervorrufen; Napoleon III. müsse jetzt sehr auf seiner Hut sein, da die Ultramontanen Frankreichs noch misstrauischer seien, als der Papst selber. (!) — Man versichert mir aufs neue, daß Graf Cavour fest entschlossen sei, das Fortescuille der auswärtigen Angelegenheiten abzugeben. „Ich mag meine Zeit nicht in unnützen Gesprächen mit den Herren Diplomaten verlieren!“ soll er gesagt haben; „es ist viel zu thun für Italien, und die Finanzangelegenheiten bedürfen unserer ganz besondern Aufmerksamkeit.“ — Der Ordennanzoffizier des Königs, Graf Cigala, geht heute nach Paris, um daselbst Pferde für den König einzukaufen. Derselbe ist zugleich Ueberbringer eines eigenhändigen Schreibens von Victor Emanuel an den Kaiser Napoleon III. — Die moldau-walachische und die serbische Regierung, welche beide die Absicht hatten, diplomatische Vertreter hieher zu senden, sind davon in Folge des Widerstandes der Pforte wieder abgekommen.

Turin, 16. März. (Sch. M.) Die Abgeordneten-Kammer hat die Dringlichkeit einer Petition zugelassen, welche mit 8560 Unterschriften bedeckt ist und von der Regierung verlangt, sich beim Kaiser Napoleon dafür zu verwenden, daß er bald seine Truppen von Rom zurückziehe.

Rom, 14. März. Eine Korrespondenz der „Gazzetta di Venezia“ behauptet, die Franzosen würden von Rom nicht abziehen. Vor einigen Tagen überreichte eine zahlreiche Deputation von Engländern dem neapolitanischen Königspaare eine Adresse.

Neapel, 14. März. (N. Z.) Liborio Romano hat seine Entlassung eingereicht. Die Einziehung der Kirchengüter wird im neapolitanischen rücksichtslos durchgeführt.

Neapel, 16. März. Die Demission des Statthalterei-Raths ist von dem Prinzen Carignano angenommen worden.

Frankreich.

Paris, 16. März. Hauffe an der Börse! Die Rente ging auf 68.40, der Mobilien-Credit auf 670 u. s. w. Als offenkundiger Grund hiefür kann die in der gestrigen Konferenz vereinbarte provisorische Lösung der syrischen Frage

gesehen, indem man, um den Protest zu vermeiden, den fälligen Abschluß der französischen (resp. wie der „Moniteur“ sagt „europäischen“) Okkupation bis zum 5. Juni verlängerte. In Wirklichkeit dürfte dieser Hauffe jedoch die bevorstehende Anleihe zu Grunde liegen. Eine Anleihe, werden Sie fragen, nach den so positiven hohen und höchsten Versicherungen vom Gegenteil? In der That handelt es sich nicht um eine offene, sondern um eine „verkleidete“ Anleihe. Die Regierung beabsichtigt nämlich eine Emission von 150 Millionen (Andere sagen 300 Millionen) Staats-Kassenscheinen (bons du trésor) zu 5 Proz. verzinstlich und in 5 Jahren heimzahlbar. Daß einer solchen Operation, mit welcher man wahrscheinlich die Bank betrauen wird, Hauffe vorangehen muß, versteht sich von selbst. — Der Ihnen gemeldete zweite größere und verbesserte Trauer-Gottesdienst der Polen in der St.-Magdalenen-Kirche fand heute Mittag unter ungeheurem Zudrang statt. Die prächtige Kirche war schwarz ausgeschlagen und an den Pfeilern waren die Initialen der „Opfer russischer Tyrannei“ angebracht. Die Messe wurde von einem polnischen Geistlichen gelesen, der — eigenthümlich — als Artilleriekapitän in der polnischen Armee die Schlacht von Grochow mitgemacht hatte, deren Gedächtnisfeier der Gottesdienst galt. Die Predigt hielt der Pfarrer der Kirche, Abbé Deguery. Er pries die Verdienste Polens und die katholische Kirche und sprach die Hoffnung aus, daß diesem heimgekehrten Lande eine schöne Zukunft blühen werde. Unter den Anwesenden bemerkte man den greisen Fürsten Czartoryski, den General Mikroslawski, sämtliche Zöglinge der Polenschule u. s. w. An französischen Notabilitäten gewahrte man den General Montebello, Buchés, Garnier-Pagès, Carnot u. A. — Man wollte gestern wissen, daß die Antwort des Hrn. v. Laguerre auf die Note Antonelli's heute in der „Patrie“ erscheinen werde. Dem ist nicht der Fall. Die Erwiderung des Hrn. Staatsraths befindet sich zur Prüfung und Abänderung noch in Händen Sr. Majestät. Wie man sagt, schließt die Antwort des Hrn. v. Laguerre mit einem norditalienischen Königreich unter V. Emanuel, Neapel als gesondertes Königreich unter einem Prinzen des Hauses . . . Savoyen (!), und in der Mitte der Papst, welcher im Besitz des Erbsitzes Petri bleiben würde — unter der Bedingung, dem italienischen Parlament als Sitz einzuräumen. Der Kaiser dürfte den Augenblick wenig geeignet erachten, um solche für offiziell geltende Utopien veröffentlichen zu lassen, und mit dem kaiserlichen „bon à imprimer“ noch etwas zurückhalten. — Die „Patrie“ demontirt heute Abend das Gerücht von ernstlichen Ruhestörungen in Rom am 14. Die französischen Militärbehörden, sagt sie, haben die nöthigen Maßnahmen getroffen, um jeder Manifestation in Rom vorzubeugen. — Man sprach heute gerüchweise vom Eintreffen einer Note des Grafen Cavour, worin derselbe, wie man versichert, ziemlich energisch die Abberufung der französischen Truppen aus Rom verlangt. Ich weiß nicht, inwiefern dieses Gerücht begründet ist; doch bemerkt man, daß die „Patrie“ heute auch die Angabe italien. Blätter, von dem bevorstehenden Abzug der Franzosen und dem Einrücken einer piem. Brigade an deren Stelle in Rom“ als völlig unbegründet bezeichnen muß! — Die auffallende Mäßigkeit und der unerwartete Schluß in der Rede des Hrn. Jules Favre wird ungemein bemerkt. Ich sagte Ihnen schon vor einiger Zeit, daß Hr. J. Favre eine lange Unterredung mit Hrn. Pietri hatte; heute versichert man, daß er am Abend vor seiner Rede vom Kaiser selbst empfangen worden sei, und das Gerücht von einem Wiedereintritt des berühmten Advokaten in das Ministerium gewinnt an Konsistenz. Und das wäre in der That so unvorhersehbar nicht. Ist es denn nicht die Opposition in der Kammer, die mit der Regierungspolitik einig geht? und würden neue Kammerwahlen nicht Hrn. Jules Favre als Mitglied eines kaiserlich-demokratischen Ministeriums zum natürlichsten Ding von der Welt machen? Wie dem auch sei, das kann ich Sie versichern, daß man es in den Tuilerien bereit, nicht dem Rathe des Grafen Persigny gefolgt und die Kammer aufgelöst zu haben, bevor die „katholische Partei“ in improvisirten und abgelesenen Reden so viel böses Blut machen konnte. — Die Damen von Tours und Blois werden der Königin von Neapel einen prächtigen Rosenkranz aus Lapis-Lazuli (ein Werk der bekannten Künstlerin Felicie v. Fauveau) überfenden. Auf einem Diplombill befindet sich die Inschrift: „A soeur Marie Sophie Reine.“ — Richard Wagner hört damit auf, womit er hätte anfangen sollen; er versteht sich zu wesentlichen Kürzungen an seinem „Tannhäuser“. — Der auch in Deutschland durch seine Leistungen im Fache der Kirchenmusik bekannte Komponistur Nieder-Mayer ist in Paris plötzlich gestorben. — Der „Moniteur“ meldet heute die Beförderung des Hrn. Le Provost de Launay zum Offizier der Ehrenlegion. Der katbol. Partei zulebte wurde er von Orleans nach Caen versetzt; der andern Partei zu Gefallen versetzt man die Pille mit einem Orden. Toujours la même chanson.

Paris, 17. März. Die vorgestrige und gestrige Fortsetzung der Detailberathung der Adresse im Gesetzgebenden Körper bot nicht viele für das Ausland wichtige Momente. Das meiste Interesse gewährten noch die Debatten über finanzielle Gegenstände. So suchte z. B. Hr. Chevalier nachzuweisen, daß Frankreich durch den Handelsvertrag mit England eher gewonnen, als verloren habe, wozu gegen Randoin, Jules Brème und Pouyer-Quertier entschiedenen Widerspruch erhoben und denselben im Einzelnen begründet. Letzterer entwickelt bei dieser Gelegenheit ein keineswegs glänzendes Bild von dem jetzigen Stand der Geschäfte und bemerkt, daß die Regierung zu der herrschenden Stagnation durch Aufrechterhaltung der politischen Ungewißheit wesentlich beitrage.

In der gestrigen Sitzung gelangt man zu der Budgetfrage, wozu zwei beinahe identische Amendements gestellt sind. Jules Favre, Dillivier, Picard, Henon und Darimon verlangen, als einziges Mittel, um zu einer ernstlichen und wirksamen Kontrolle der Staatsfinanzen zu gelangen, Abstimmung über das Budget nach Kapiteln und Artikeln. Die H. H. Devind, Arvel, Drouat, Gouin, Duvrard

und Beron verlangen die Abstimmung nur nach Kapiteln. Dieselben stellen ein anderes Amendement, worin sie die Hilfsquellen Frankreichs, welche der Adressentwurf als „inépuisables“ hinstellt, als „immenses“ erklären, aber dabei nur für „dringende und unvorhergesehene Nothwendigkeiten“ supplementarische und außerordentliche Kredite bewilligt wissen wollen.

Nach kurzer Debatte fällt das erste Amendement und Hr. Devind vertheidigt nunmehr das seinige. Er meint, man müsse einen neuen Senatskonsult verlangen, um die Regierung einzig auf die bewilligten Kredite anzuweisen und um Stabilität in das Finanzgesetz zu bringen. Dies vermöge man aber nur, indem man der Abstimmung über die Steuern mehr Freiheit gebe, welche der über die Ausgaben vorangehe. Ueber die Ausgaben selbst sei es bisher unmöglich, anders als nach Ministerien abzustimmen. Der Gesetzgeb. Körper müsse das Recht haben, über die Spezialität der Besteuerung und der Kreditbewilligungen abzustimmen. Ganz besonders läßt sich Hr. Devind auf die von dem Entwurf verkündigte „Unererschöpflichkeit“ der Finanzen ein. Das Wort ist übel gewählt, sagt er; die Hilfsquellen Frankreichs sind offenbar sehr groß, aber sie sind nicht unererschöpflich, denn man hat sie erschöpft, und der Beweis dafür ist, daß das Budget von 1860 mit einem mehr oder minder beträchtlichen Defizit sich abschließen wird. Granier aus Cassagnac, Verfasser des Adressentwurfs, meint, das sei ein leerer Wortstreit; „immense“ sei ungefähr so viel, als „inépuisable“, worauf Devind erwidert, er erwarte von ihm den Beweis, daß Das, was man erschöpft, unererschöpflich sei. Er erhebe sich gegen die Ausdrücke „unererschöpfliche Hilfsquellen“ und „weise, haushälterische Finanzpolitik“. Durch solche Worte mache man die Rolle der Budgetkommissäre unmöglich. (Zustimmendes Gelächter von verschiedenen Seiten.) Man müsse es wohl zugeben, die Ministerien hätten einen Hang zum Gelbwaschen (neues Gelächter), mit Ausnahme einiger allerdings, namentlich des Finanzministeriums, das in den letzten Jahren wohlverstandene Ersparnisse gemacht habe. Es gelingt schließlich dem Präsidenten, Hrn. Devind von dem unglückseligen Wort „inépuisable“ abzubringen.

Die Angelegenheit des Bischofs von Poitiers soll erst nach Beendigung der diesmaligen Session des Gesetzgebenden Körpers in dem Staatsrathe verhandelt werden. — Aug. Blanqui soll mit zehn seiner Mitverhafteten in Algerien internirt werden. — Es verdient bemerkt zu werden, daß der Abg. Keller, der jüngst die bekannte fulminante Rede im Gesetzgeb. Körper gehalten hat, bei seiner Erwählung als Kandidat der Regierung aufgestellt und der seines Gegners gegenüber durchgesetzt worden war.

Großbritannien.

London, 16. März. Die Mutter der Königin, die Herzogin von Kent, ist gefährlich erkrankt.

In der gestrigen Sitzung des Oberhauses erklärte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Lord Bodehouse, als Antwort auf eine Interpellation Lord Stratford de Redcliffe's, ein englischer Konsularbericht bestätige der Hauptache nach die Zeitungsberichte über die Vorgänge in Warschau.

Im Unterhause beantwortete Lord J. Russell Interpellationen Duncombe's, Ventind's und Sir R. Peel's dahin, daß er sagte, das italienische Blaubein enthalte alles Mittheilenswerthe. Englands Interesse im Adriatischen Meere sei ein Gegenstand, welcher die Ionischen Inseln betreffe. Sir J. Hudson habe niemals gemeldet, daß Garibaldi's sardinische Expedition Sardiniens Unterstützung erhalten habe. England habe Sardinien widerrathen, einen Angriff der ungarischen Legion auf Dalmatien irgendwie zu unterstützen. Ebenso habe es jede anti-österreichische Kriegsunternehmung widerrathen. Ueber Spaniens religiöse Unzulässigkeit sprach er sich mit Bedauern aus, bemerkte jedoch, eine offizielle Einmischung sei unstatthaft.

Laut Berichten aus Konstantinopel vom 9. März hatte der Dampfer „Banshee“ sich nach Galacz begeben, um daselbst die mit Beschlag belegten piemontesischen Waffen an Bord zu nehmen. Dieselben sollten vorläufig in englischem Besitz bleiben.

Rußland und Polen.

Warschau, 14. März. In gut unterrichteten Kreisen spricht man von der Entlassung des Generalkurators Muchanow in Petersburg. Diese Nachricht hat einen guten Eindruck gemacht. [Muchanow ist Adjunkt des Unterrichtsministers Kowalewski und zugleich Mitglied der obersten Zensurbehörde.]

Vermischte Nachrichten.

* Karlsruhe, 18. März. Nächsten Sonntag wird das übliche „Palmsonntag-Konzert“ zum Besten des Unterstützungsfonds für Wittwen und Waisen des großh. Hoforchesters stattfinden. Daselbst wird, wie wir erfahren, eine Reihe der musikalisch wertvollsten und anziehendsten Nummern bieten, z. B. eine Symphonie von Ph. Em. Bach, dem Vermittler des Uebergangs der Komposition aus ihrer streng kontrastirten in die freimelodische Form, ein Fragment aus dem unvollendet gebliebenen Mendelssohn'schen Oratorium „Christus“, die Spohr'sche Symphonie „Weihe der Töne“, und verschiedene Gesangs- und Instrumental-Solovorträge. Es steht somit ein Kunstgenuß in Aussicht, der — auch abgesehen von dem edlen Zweck, dem er gilt — geeignet ist, jeden Kunstfreund in hohem Grade zu interessieren.

Δ Baden, 17. März. Nach Vorschrift des Hrn. Dr. Neuf hat nun Hr. Hofapotheker Stehle aus der jüngst in diesem Blatte besprochenen Mirabelle daselbst mit Zufuß von 6 Gran kohlensaurem Lithium ein müssigendes Wasser bereitet. Die Merkte werden ohne Zweifel mit Interesse hievon Kenntnis nehmen.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. F. Herm. Rosenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag, 19. März. 2. Quartal. 39. Abonnementsvorstellung: **So machen's Alle** (Cosi fan tutte); komische Oper in 2 Akten, von Mozart. Neue Bearbeitung von Eduard Devrient. Die Recitative arrangirt von W. Kalliwoda.

Q. 843. Heidelberg. Unsere Verwandten und Freunde...
Freifrau Auguste v. Weiler, geb. v. Schmalz, in Brüssel am 14. März, Morgens 9 Uhr, in Folge einer Lungenlähmung nach kurzem Krankenlager im 76. Jahre ihres segensreichen Lebens sanft verschieden ist.
Heidelberg, den 17. März 1861.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Freiherr Wilhelm v. Weiler, großh. Oberingenieur und Kammerherr.

Q. 846. Stuttgart.
Gute Passions-Schriften
der **Evangel. Bacherstiftung** in Stuttgart (Christophstr. 6) (Preise bei direktem Bezug):
Rambach, J. J., Betrachtungen über das ganze Leben Christi, und die 7 letzten Worte des gekreuzigten Jesu; große Schrift; Halbfbd. 2 fl. (schöner 2 fl. 12 fr.).
Rambach, J. J., Betrachtungen über die 7 letzten Worte des gekreuzigten Jesu; roh 14 fr., geb. 20 fr.
Steinhöfer, M. Fr. Chr., 23 Passions-Predigten; Hbf. 1 fl. 6 fr.
Nieger, M. Georg Conr., Heilige Osterfeier (Betrachtungen über die Auferstehung unseres Herrn und Heilandes); Hbf. 40 fr.
Hartmann, M. Karl Friedr., Evang. Predigten, nebst 6 besondern Passions-Betrachtungen; sehr große Schrift, Hbfbd. 1 fl. 30 fr.

Q. 837. Leipzig, Verlag von **Wb. Neclam jun.**
Höhler,
deutsch-engl. u. engl.-deutsches Handwörterbuch.
2 Bände.
Gebunden 2 Thlr. 10 Ngr.
Vorrätig in allen Buchhandlungen.

Auffseher-Gesuch.
Q. 620. Für einen Jagdbezirk in der Nähe von Baden wird ein Auffseher gesucht. Derselbe soll von 22-36 Jahren alt, wo möglich ledig und in der weibmännlichen Behandlung der Jagd gut unterrichtet sein.
Es können nur diejenigen Berücksichtigung finden, welche sich durch gute Zeugnisse über ihre Qualifikation und ihren Reumund gehörig auszuweisen vermögen.
Nähere Auskunft bei der Expedition der Karlsruhe'ger Zeitung.

Affocié-Gesuch.
Q. 692. In ein größeres Bankgeschäft Süddeutschlands wird ein Mann von Anfangs der 30er Jahre, christl. Konfession, als Affocié gesucht. Derselbe müßte einer angesehenen vermöglichen Familie angehören, in Betreff der Moralität und des Charakters jede Garantie darbieten können, überhaupt alle diejenigen Eigenschaften besitzen, die zu einer solchen Stellung erforderlich sind, schließlich der französischen und englischen Sprache vollkommen mächtig sein.
Frankfurter Offerten unter der Chiffre A. B. befördert die Expedition dieses Blattes.

Q. 811. Grombach.
Warnung.
Ich warne hiermit Jedermann, weder meinen Kindern, noch meinen Verwandten etwas zu borgen oder zu leihen, da ich in keinem Falle Zahlung leiste.
Grombach, den 14. März 1861.
Martin Rath, Lehrer.

Aufforderung.
Q. 809. Herr Sprachlehrer **Jul. Ritter**, zuletzt in Endingen, wird gebeten, sofort in Erlangen seinen jetzigen Aufenthaltsort anzuzeigen, um Mittheilungen entgegenzunehmen.
Q. 768.

Für Leidende!
Auf die Heilung der aus gewissen Verfehlungen entstandenen Folgen und Schwächezustände bin ich durch viele Erfahrungen in ausgezeichnete Weise eingeleitet und offerire mich zu Hülfeleistungen.
Auf Verlangen erhält Patient eine Druckschrift zugesandt, woraus er alle nöthige Aufklärung schöpfen und meine Befähigung als Spezialarzt erkennen kann.
Briefe unter der Adresse: Dr. A. B. C. in Schwab. Hall.
Q. 371. Rastatt.
Eine Steindruckpresse,
Älterer Konstruktion, ist billig zu kaufen in Rastatt bei **C. Kahan's Erben.**
Q. 851. Karlsruhe.
Carl Arleth,
Großherzoglicher Hoflieferant,
empfiehlt frisch angekommenes echtes **Selterfer, Emser, Schwalbacher, Frie-richshaller Bitter-Wasser** &c.
Q. 339. Landau.
Zu verkaufen
eine noch im besten Zustand sich befindende, vollständige **Binngiecherei-Einrichtung,**
bestehend in: sämtlichem Handwerkszeuge, Anblasmaschine, großem und kleinem Schmelzofen, zwei Drehbänken, eisenen, messingenen, bleiernen und zinnernen wie auch gravirten Formen &c.
Landau, den 9. März 1861.
Näheres bei **Ferd. Koch's Witwe.**

Für Confirmanden

Gehftet in 20 Lieferungen à 5 Sgr.

Neueste Prachtausgabe in Groß-Oktav, mit 50 schönen Stahlst. und dem Prämienblatt: **Das Abendmahl.** Q. 799.

Meyer's Universum

Pracht-Ausgabe 1861er Jahrgang.
Erschienen ist das zweite Heft, und werden die Subscriptionen besorgt in **Karlsruhe von Braun, Creuzbauer, Gefner, Bielefeld und Ulrici; in Donaueschingen von L. Schmidt'sche Hofbuchhandlung.**

empfehlen sich durch ihre außerordentliche Schönheit, Korrektheit und Billigkeit vor allen neueren Bibel-Ausgaben die so eben complet im Bibliographischen Institut in Gildburg-hausen erschienene lutherische

Haus-Bibel,

Gebunden ganz Leder mit Goldschnitt Rth. 4 1/2.

ersch. von jetzt an in neuer Gestalt, bei prachtvollerer Ausstattung und besteht aus 20 Lieferungen, jede mit 4 vortrefflichen Stahlstichen der schönsten Ansichten der Erde, und 12-16 Seiten geistvoll beschreibender Artikel.
Subscriptionpreis: 7 Sgr. oder 24 Kr. rhd.
Mit dem Schlussheft erhalten alle Subscribenten eine 2 grosse Kunstblätter und Meisterwerke des Stahlstichs.

Q. 808. So eben erschien in meinem Verlage:
Lettres russes par **Ivan Golovin.** Preis 20 Ngr.
Früher 1860 erschien bei mir:
Les Alliances de la Russie par **Ivan Golovin.** 20 Ngr.
Autocratie russe par **Ivan Golovin.** 1 Rthlr.
La Pologne et la Russie par **Ivan Golovin.** 15 Ngr.
Ephémérides russes par **Ivan Golovin.** 18 Ngr.
La Russie depuis Alexandre la Bien-Intentionné par **Ivan Golovin.** 1 Rthlr.
Progrès en Russie pour faire suite à la Russie depuis Alexandre le Bien-Intentionné par **Ivan Golovin.** 1 Rthlr. 6 Ngr.
Heinrich Hübner in Leipzig.

Q. 767. Wiesbaden.
Chemisches Laboratorium zu Wiesbaden.
Der Sommerkursus in der praktischen Chemie und deren Hilfswissenschaften, für Chemiker, Fabrikanten, Pharmaceuten, Berg- und Hüttenleute, Landwirthe, Gewerbetreibende, Kaufleute &c., beginnt am **1. Mai.** Die **Arbeiten im Laboratorium** finden statt täglich Vormittags von 8-12, Nachmittags von 2-5 Uhr. **Vorlesungen** werden im kommenden Sommer folgende gehalten:
Experimentalchemie (Lehre von den Metallen) von Professor Dr. Fresenius. — **Organische Chemie und Experimentalphysik** (Statik, Mechanik, Akustik, Licht) von Dr. C. Neubauer. — **Mineralogie und Geognosie** von **W. Unverzagt,** Collaborator.
Die Statuten der Anstalt sind durch die Expedition dieses Blattes, durch die Buchhandlung von **Jurany & Hensel** in Wiesbaden, oder durch den Unterzeichneten unentgeltlich zu beziehen.
Wiesbaden, im März 1861.
Dr. R. Fresenius, Geh. Hofrath und Professor.

Q. 205.
Peru-Guanu
Prima-Qualität und unter Garantie der **Reinheit** bei **J. P. Lanz & Comp. in Mannheim.**

Q. 569. Heidelberg bei Bruchsal.
Empfehlung landwirthschaftlicher Samen.
Zuckermoorhirse, Holcus sacharatus.
Klee, dreiblättriger oder rother. **Klee, engl. dreiblättriger perennirender (Cow-Gras).**
Klee, Luzerner oder ewiger, blau-blühender. **Klee, gelber, immerwährender Hopfen-Klee, Incarnat.**
Klee, weißer, holländischer.
Basard-Klee, gedeiht in Gegenden, wo sonst kein Klee fortkommt. — Sparfette. — Kunkelrüben, Oberndorfer runde gelbe und runde rothe. — Zuckerrüben, echte weiße Magdeburger (zur Zuckerrückfabrikation). — Zuckerrüben, gelbe (als Viehfutter zu empfehlen). — Gelbe Lupinen. — Ackerrüben, lange weiße rothspitzige. — Engl. Feld- oder Futterrüben. — Schwedische Kohl- oder Steckrüben (sind vorzüglich zur Winteraufbewahrung).
Futtergräser aller Art. — Gemischte Gräser zur Anlegung von Wiesen.
Feine Grasarten zur Anlegung von Gartenrasen.
Echt englisches Raygras etc.
Neue Saat-Kartoffel, als: rosenrothe Zwiebel-, rothe Mandel- und Bisquit-Kartoffel, sehr fein und wohlgeschmeckt, billigt bei
J. F. Schäfer.

Q. 781. Nr. 667. Ettlingen.
Geldantrag.
Bei dieserseitiger Verwaltung werden fortwährend Kapitalien in beliebiger Größe auf gefällige Pfandurkunden und gegen entsprechende Verzinsung ausgeliehen.
Ettlingen, den 16. März 1861.
Großh. Stiftungsverwaltung.
E l s.

Q. 624. Karlsruhe.
Versicherung von badischen 4 1/2 % Obligationen
gegen die am 22. dieses Monats stattfindende vierte Verlosung. **Versicherungsprämie 6 fr. für 100 Gulden.**
Karlsruhe, den 14. März 1861.
Gebrüder Haas.

Q. 670. Durlach.
Ruhrer Steinkohlen.
Mit einer Schiffsladung ist Schiffer **Jäger** in **Leopoldshafen** eingetroffen, sowohl **Schmelzöfen, Fettsäure** für **Fein- und Kesselfeuerung, als Coals** — die zu den billigsten Preisen en gros & detail bis zum **24.** abgegeben werden.
Durlach, den 14. März 1861.
Sebr. Schmidt.

Q. 629. Karlsruhe.
Leihhauspfänder-Versteigerung.
In dem Leihhausbüreau werden versteigert.
Dienstag den 19. März d. J., Nachm. 2 Uhr: Leih-, Tisch- und Bettzeug;
Mittwoch den 20. März d. J., Nachm. 2 Uhr: Goldene und silberne Taschenuhren, silberne Uhren und Kaffelöffel, Ohren- und Fingerringe, Brochen, Stednadeln, Reihzeuge &c.;
Donnerstag den 21. März d. J., Nachm. 2 Uhr: Ober- und Unterbetten, Pflüben, Kissen, Garn,

Landesvermessung bestehender Vorarbeiten gefahren. Die Angebote der Herren Geometer sind binnen 14 Tagen nach badischen Morgen auf das Ganze oder einen Theil, verschlossen, unter Aufschrift **„Almend-Vermessung“**, an den Gemeinderath dahier einzureichen.
Willingen, den 15. März 1861.
Der Gemeinderath.
W i t t u m.
Q. 598. Ettenheim.
Viehversteigerung.
In den grundherrlichen Schloß- und Raiterhoffstallungen zu Ruit werden am **Donnerstag den 21. d. M.,** Vormittags 11 Uhr,
10 Stück fette Ochsen und 32 fette Kühe und Kalbinnen gegen baare Zahlung versteigert.
Ettenheim, den 12. März 1861.
Die Freiherlich Friedrich von Bödlin'sche Gutsverwaltung.
S t r e n g.
Q. 754. Nr. 556. Pforzheim.
Bahnhof Pforzheim.
Die fertige Herstellung eines provisorischen Maschinenhauses auf diesem Bahnhofs, im Anschlage von 3500 fl., beabsichtigen wir in Soumission zu geben.
Deßfallige Angebote wollen längstens bis **Dienstag den 26. d. Mts.,** Vormittags 10 Uhr, mit gehöriger Aufschrift versehen, dahier eingereicht werden, wo inzwischen auch Plan und Uebersicht zur Einsicht offen liegen.
Pforzheim, den 15. März 1861.
Großh. bad. Eisenbahnbau-Inspektion.
G. W a r k s u n g.

Q. 346. Karlsruhe. (Holzversteigerung.)
Im Domänenwaldbezirk Neupforzgerhof in der Gemarkung Eggenstein versteigern wir **Donnerstag den 21. März d. J.,** Morgens 10 Uhr:
8 Stämme Pappeln für Holzschuhmacher, 164 Wagnerstangen, ruhende, eichene und eichene, 21 Klasten gem. weiches Prügelholz, 15,575 Stück gem. weiche Wellen und 7 Loos noch im Boden befindliches Stodholz.
Die Zusammenkunft der Theilhaber ist bei den Rheinbauhöfen an der sog. Welle.
Karlsruhe, den 14. März 1861.
Großh. bad. Bezirksforstleit. U n g e r.

Q. 695. Nr. 168. Stein. (Holzversteigerung.)
In den Domänenwaldungen des Forstbezirks Stein werden versteigert.
Donnerstag den 21. März 1861, im Limerberg:
30 Stämme Eichen, 9 Stämme Buchen, 3 Stämme Forsten, Holländer-, Bau- u. Ruchholz; 25 Stück starke buchene Wagnerstangen, 1 eigener Abschnitt, 89 1/2 Klasten buchenes, eichenes, forlenes u. alpenes Scheit-, Klotz- und Prügelholz, 11 1/2 Klasten Stodholz, 4250 Stück meist buchene Wellen, und 1 Loos Abfälle; dann **Freitag den 22. März 1861,** im Schaltenberg:
8 Stämme Eichen, 13 Stämme Buchen, 1 Kirschenbaum, Holländer-, Bau- u. Ruchholz; 25 Stück buchene Wagnerstangen, 88 1/2 Klasten buchenes, eichenes und alpenes Scheit-, Klotz- und Prügelholz; 4200 Stück meist buchene Wellen und 1 Loos Abfälle.
Zusammenkunft ist jeweils früh 10 Uhr auf den Schlägen.
Stein, den 14. März 1861.
Großh. bad. Bezirksforstleit. M e t z e r.

Q. 787. Emmendingen. (Holzversteigerung.)
Aus dem Domänenwaldbezirk Meiffelwald IX. werden wir bis **Dienstag den 26. März 1861** gegen Baarzahlung vor der Abfuhr öffentlich versteigern:
16 Klasten buchenes, 24 Klasten eichenes, 10 Klasten forlenes und 6 Klasten gemischtes Scheitholz; 8 Klasten buchenes, 19 Klasten eichenes und 4 Klasten forlenes Prügelholz; 4200 Stück Laubholz und 1300 Stück Nadelholzwellen.
Zusammenkunft früh 9 Uhr im Schlag zunächst der Säggelmmühle im Niederthal.
Emmendingen, den 16. März 1861.
Großh. bad. Bezirksforstleit. F i s c h e r.

Q. 752. Nr. 3306. Eberbach. (Fahndung zurücknahme.)
Unser Fahndungsausschreiben vom 20. Februar d. J. nehmen wir hiermit zurück, da **Pionnier Georg Bartholomäus Falkenkei**n von **Dilsberg** inzwischen an sein vorgelegtes Kommando eingeliefert worden ist.
Eberbach, den 14. März 1861.
Großh. bad. Bezirksamt. J a g e r s c h m i d.

Q. 778. Karlsruhe. (Offene Gehilfenstelle.)
Bei der unterzeichneten Direction ist eine Kanzlei-gehilfenstelle, womit ein Gehalt von 350 bis 400 fl. verbunden ist, frei, welche alsbald wieder besetzt werden soll. Diejenigen, welche hierzu Lust haben, wollen sich unter Vorlage eines Stützenscheines und einer Probe-schrift alsbald hiezu melden.
Karlsruhe, den 16. März 1861.
Großh. Zeughaus-Direction.

Q. 823. Nr. 1169. Willingen.
Almend-Vermessung.
Die Stadtgemeinde Willingen vergibt die geometrische Vermessung ihrer ungetheilten Almend, circa 1400 bis 1500 Morgen, in größeren und kleineren Parzellen bestehend, im Soumissionswege.
Die Vermessung muß nach Vorchrift des Gesetzes über die Bornahme einer stückweisen Vermessung sämtlicher Liegenschaften des Großherzogthums Baden vom 26. März 1862 und der weitem, bezüglich der

Q. 842. Karlsruhe.
Weinversteigerung.
Aus den Beständen Ihrer **Großherzoglichen Hoheiten der Prinzen Wilhelm und Carl** von Baden werden in Höchsteren Palais dahier, **Vorberer Zirkel Nr. 23 und 24,** **Mittwoch den 3. April d. J.,** **Nachmittags 2 Uhr,** folgende selbstgezoogene und rein gehaltene Weine von den Jahren 1867, 1868 und 1869, nämlich:
Staufenberger Klingelberger . . . 81 Dhm,
Staufenberger Klewener . . . 48 „
Staufenberger Gutedel . . . 15 „
Staufenberger Rothher . . . 38 „
Schafberger Rothher . . . 28 „
Schafberger Kulländer . . . 7 1/2 „
Kastelberger Gutedel . . . 18 „
235 1/2 Dhm,
öffentlich versteigert werden.
Karlsruhe, den 27. Februar 1861.
Vermögens-Verwaltung
Ihrer **Großherzoglichen Hoheiten der Prinzen Wilhelm und Carl von Baden.**

Q. 823. Nr. 1169. Willingen.
Almend-Vermessung.
Die Stadtgemeinde Willingen vergibt die geometrische Vermessung ihrer ungetheilten Almend, circa 1400 bis 1500 Morgen, in größeren und kleineren Parzellen bestehend, im Soumissionswege.
Die Vermessung muß nach Vorchrift des Gesetzes über die Bornahme einer stückweisen Vermessung sämtlicher Liegenschaften des Großherzogthums Baden vom 26. März 1862 und der weitem, bezüglich der